



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Liegenschaft:

Unter den Linden 50
10117 Berlin

 (030) 227.737 50

 (030) 227.762 50

 mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

 (030) 720 13 884

 (030) 720 13 994

 mechthild.rawert.wk@bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Grußwort zum Sommerfest des Tiele-Winckler-Hauses am 15.7. 2017

- **Es gilt das gesprochene Wort!** -

Sehr geehrte Frau Wohland,

sehr geehrte Frau Scherer,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

liebe Bewohnerinnen und Bewohner,

liebe Gäste,

es ist mir immer wieder eine Freude Ihr Haus und besonders Ihr Sommerfest zu besuchen. Denn mir gefällt das Ziel Ihres Konzeptes einfach gut: Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Selbstverwirklichung. Dieses Ziel für Menschen mit mittlerer und schwerer geistiger Behinderung sowie besonderen Bedarfslagen zu setzen, ist leider eher eine Ausnahme als die Regel.

Wir haben noch eine lange Strecke auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft vor uns. Deshalb bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft für mich – und das kann ich auch für die gesamte SPD sagen - ein wichtiges Ziel.

Wir haben in dieser Wahlperiode mit dem Bundesteilhabegesetz Leistungen zur Teilhabe wesentlich verbessert. Es ist ein „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen. Aber es ist auch nur ein Anfang! Die Weiterentwicklung auf der Grundlage der mit den Verbänden vereinbarten Evaluationen ist die Grundlage unseres Handelns. Das gleiche gilt für das im Mai 2016 verabschiedete novellierte Bundesgleichstellungsgesetz (BGG). Die Festschreibung der Barrierefreiheit für alle Bauten des Bundes, also auch für Bestandsbauten, ist richtig, wobei Barrierefreiheit

immer auch bedeutet, alle notwendigen Hilfsmittel benutzen zu dürfen und zum Beispiel auch Blinden- und Assistenzhunde nicht mehr draußen vor der Tür bleiben müssen wie es leider heutzutage noch oftmals vorkommt. Gern hätte ich das Gesetz ausgeweitet auf alle privaten Unternehmen und Dienstleister*innen. Das war aber bisher mit der CDU/CSU nicht zu machen.

Doch eine inklusive Gesellschaft braucht noch mehr: Wir brauchen einen inklusiven Arbeitsmarkt Auch der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf muss verbessert werden, ebenso wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu gehören auch Regelungen zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber*innen. Eine wichtige Funktion haben die Schwerbehindertenvertretungen bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes, sie müssen dringend gestärkt werden. Wichtig ist auch, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im Einkommenssteuergesetz angepasst werden. Inklusion fängt bei den Kleinsten an. Daher muss die Kinder- und Jugendhilfe für alle da sein. Sie muss entsprechend ausgestattet werden. Alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe muss zusammengeführt werden, um die Betreuung von Familien aus einer Hand zu gewährleisten.

Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben.

Am 24. September ist Bundestagswahl. Aber wissen Sie, dass in Deutschland über 81.000 Menschen mit Behinderungen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind? Das betrifft alle Menschen, die unter voller rechtlicher Betreuung stehen. Dieser Zustand widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention, ist aber in den Mitgliedsstaaten weit verbreitet. Das muss aufhören! Auch dafür kämpfe ich. Niemand darf wegen einer Beeinträchtigung seine beziehungsweise ihre bürgerlichen Rechte verlieren. Für meinen Bericht für die Parlamentarische Versammlung des Europarates „Die politischen Rechte von Menschen mit Behinderungen: ein demokratisches Anliegen“ habe ich auch positive Beispiele gefunden. In Österreich ist das Wahlrecht bereits seit mehr als dreißig Jahren nicht mehr an die Rechts- und Handlungsfähigkeit gebunden. Das Beispiel Österreich zeigt: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Deshalb werde ich nicht nachlassen das Wahlrecht für alle weiterhin einzufordern.

Als Gesundheitspolitikerin sage ich: „Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen“. Sie muss überall, auch in ländlichen Regionen, barrierefrei sein. Noch sind wir weit von diesem Ziel entfernt. Wir brauchen daher gesetzliche Regelungen, die die barrierefreie Zugänglichkeit von Ärzt*innen- und Physiotherapiepraxen festschreiben.

Leider brauchen wir alle auch irgendwann ein Krankenhaus. Die notwendigen Investitionen in Krankenhäuser, gerade im Sinne der Barrierefreiheit sind zwingend erforderlich.

Medizinische Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen sind endlich einzuführen und baldigst auszuweiten. Dafür mache ich mich in Berlin sehr stark.

Wie sie merken, habe ich noch viel vor, damit Menschen mit und ohne Behinderung die gleichen Chancen bekommen können – immer und überall. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen!

Vielen Dank!